

Koordinationskreis

Stoppt die Mauer in Palästina / Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel

Internet: www.stopptdiemauer.de / E-Mail: kontakt@stopptdiemauer.de

Selbstverständnis für die deutsche Kampagne

Stoppt die Mauer in Palästina / Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel

(Stand: April 2005)

Ziele

Wir arbeiten für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel. Zusammen mit palästinensischen und israelischen Friedens- und Menschenrechtsorganisationen treten wir für ein Ende der Besatzung ein. Der Mauerbau in den besetzten palästinensischen Gebieten ist ein weiterer eklatanter Völkerrechtsverstoß und ein neues gigantisches Hindernis zum Frieden.

Zusammen mit der palästinensischen „Kampagne gegen die Apartheid-Mauer“ fordern wir:

- den sofortigen Baustopp der Mauer
- den Abbau aller schon gebauten Anlagen
- die Rückgabe des Landes und die Entschädigung für Ernteauffälle und andere durch den Mauerbau entstandene Schäden

Die palästinensische „Kampagne gegen die Apartheid-Mauer“ ist im Oktober 2002 entstanden, kurz nachdem die israelische Regierung den Mauerbau in Palästina begonnen hatte. Zahlreiche Organisationen und rund 50 Komitees, die in den Gemeinden entlang der Mauer gegen Landnahme, Rodung und Bebauung kämpfen, sind in ihr zusammen geschlossen.

Kampagnenarbeit

Unsere bisherigen Aktivitäten:

- Ein bundesweites Bündnis aus der Friedensbewegung und Bewegung für internationale Solidarität verabschiedete am 17. Januar 2004 die Kölner Erklärung „Den Mauerbau unverzüglich stoppen!“ und beschloss eine internationale Konferenz zu diesem Thema (Kölner Erklärung im Anhang)
- Internationale Konferenz „Stop the Wall“ am 5. Juni 2004 in Köln mit über 300 Teilnehmenden, Referenten aus Palästina und Israel und einer Abschlusserklärung (Webseite der Konferenz siehe www.040605konferenz.freepalestine.de, Abschlusserklärung im Anhang)
- Aktionstag am 25. September 2004 anlässlich des Jahrestages der Intifada mit Demonstrationen und Kundgebungen in Köln, Hamburg, Berlin Magdeburg, Stuttgart, Frankfurt u.a. (Aufruf im Anhang)
- Regionale Veranstaltungen anlässlich des von der UN erklärten „Internationalen Tags der Solidarität mit dem palästinensischen Volk“ am 29. November 2004
- Vortrags-Rundreise von Jamal Juma, Koordinator der Palästinensischen Graswurzel-Kampagne gegen die Apartheid-Mauer (Palestinian grassroots Anti-Apartheid Wall Campaign) vom 13. bis 17. Dezember 2004 mit Veranstaltungen in Frankfurt/Main, Stuttgart, Berlin, Hamburg und Köln (siehe Webseite www.stopptdiemauer.de)

Geplante Aktionen

Folgende Aktivitäten werden derzeit vom Koordinationskreis geplant:

- Öffentlichkeitsarbeit zum Urteil des Internationalen Gerichtshofs
- Bewusstseinsbildung zur Auswirkung der Mauer auf PalästinenserInnen und Israelis
- Verstärkung des Drucks auf die deutsche und die EU-Politik, damit diese von Israel die Einhaltung von Völkerrechts- und Menschenrechtsstandards verlangt
- Beobachten, wo deutsche Firmen von einer völkerrechtswidrigen Praxis profitieren und Protest dagegen
- Beteiligung am deutschen und am europäischen Sozialforum
- Erstellen eines Arbeitshefts für die Kampagnenarbeit in Deutschland

Die Mauer

[Karte & Skizze werden noch ergänzt]

Die „Sperranlage“ (separation barrier) ist das größte Bauwerk in der Geschichte Israels mit geschätzten 2,5 Milliarden Dollar Kosten. Sie wird etwa 750 Kilometer lang und ist damit doppelt so lang wie die Grenze zwischen Israel und der Westbank, weil sie sich tief ins Westjordanland hineinschlängelt. Sie ist 70 Meter breit.

Gebaut wird die Mauer von der Firma Magal Security Systems, zu der ein Teil von Dornier gehört, dem Rüstungskonzern Elbit Systems (Ortek) und dem US-Unternehmen Detektion. Die Firmen verwenden eingegrabene Detektoren, die auf den Druck eines menschlichen Körpers reagieren (360 Detektoren auf 1 Kilometer), Videoüberwachung und neuesten rasiermesserscharfen Stacheldraht. Um Jerusalem herum werden Wärmemessgeräte eingesetzt.

Ein großer Teil der „Sperranlage“ hat Panzerstraßen, Gräben und weitere Zäune auf beiden Seiten des „Sperrzauns“. Auf der Westbank-Seite folgt videoüberwachtes Sperrgebiet und wieder ein Zaun. Ein anderer Teil der „Sperranlage“ besteht aus einer acht Meter hohen Betonmauer mit Wachtürmen.

Von den 22 % des ehemaligen Mandatsgebiets Palästina (die anderen 78% sind israelisches Staatsgebiet), das für einen Palästinenserstaat vorgesehen ist, nehmen Mauer und mehr als 200 israelische Siedlungen weiter Land. Knapp 50 % der Fläche der Westbank werden einem zukünftigen Staat Palästina fehlen, wenn weiter das Recht des Stärkeren gilt und nicht internationales Recht.

Die Folgen der Mauer für die palästinensische Bevölkerung

Die Mauer macht die ertragreichsten landwirtschaftlichen Gebiete der Westbank und wichtige Wasserressourcen unzugänglich. Tausende von palästinensischen BäuerInnen verlieren ihre Lebensgrundlage. Die Abhängigkeit der palästinensischen Bevölkerung von internationaler Hilfe und israelischen Produkten wird weiter vertieft.

Offiziell wird das Land, das durch den Mauerbau an Israel fällt, nicht enteignet. Bereits jetzt zeigt sich jedoch, dass der Zugang durch Tore in der Mauer so restriktiv und willkürlich gehandhabt wird, dass sich Landwirtschaft nicht mehr sinnvoll betreiben lässt. Mittlerweile wird offen mit der Annexion dieser Landstriche gedroht.

Etliche Dörfer mit über 200.000 EinwohnerInnen verbleiben zwischen Mauer und Grüner Linie. Sie sind so von den Märkten und der Infrastruktur der West Bank abgeschnitten, ohne dafür Zugang zu Israel zu erhalten. Ihre Zukunft ist völlig ungewiss.

Neben den wirtschaftlichen Folgen sind vor allem die Auswirkungen auf das Bildungssystem und die Gesundheitsversorgung dramatisch, da die ländlichen Gemeinden von einander und von ihren städtischen Zentren isoliert werden.

Die Mauer entzieht vielen PalästinenserInnen ihre Lebensgrundlage und zwingt sie zur Abwanderung aus der Mauerregion – die Mauer führt so zu einer schleichenden ethnischen Säuberung. Die Mauer ist die Fortsetzung der Politik der Landnahme durch Siedlungsbau und der Einschränkung der palästinensischen Bewegungsfreiheit durch Abriegelungen, Straßenblockaden und Ausgangssperren. Sie verfestigt ein System von kleinen palästinensischen Enklaven und erinnert damit an die südafrikanischen Bantustans.

Die Mauer verletzt das Völkerrecht

Die israelische Regierung begründet den Mauerbau mit dem in der UN-Charta verankerten Recht auf Selbstverteidigung. Der Internationale Gerichtshof hat dieser Rechtsauffassung nicht zugestimmt. Mit 14 zu einer Stimme stellten die Richter fest, dass der Verlauf der Mauer nicht rechtmäßig ist. Die UN-Generalversammlung hat das Gutachten bestätigt.

Das Gutachten zu den Rechtsfolgen des Mauerbaus im besetzten palästinensischen Gebiet vom 9. Juli 2004 gibt der Kampagne gegen die Mauer Recht. Die Haager Richter haben bestätigt, dass Israel als Besatzungsmacht an das humanitäre Völkerrecht und an die Standards der beiden Menschenrechtspakte gebunden ist. Auch und gerade wegen seines legitimen Sicherheitsanliegens – so das Gutachten – ist Israel an die Vierte Genfer Konvention gebunden. Die Richter folgern daraus, dass Israels Mauerbau in besetztem Gebiet eine Völkerrechtsverletzung darstellt.

Zur Beendigung des Rechtsverstößes hält der Gerichtshof drei Maßnahmen für notwendig: (a) die Beendigung des Mauerbaus, (b) den Abbau der bestehenden Baukonstruktion und (c) die Aufhebung von Rechtssetzungsakten im Zusammenhang mit dem Mauerbau. Zudem stellt das Gutachten fest, dass Israel Entschädigung für entstandene Schäden leisten muss.

Der IGH betont aber auch die Völkerrechtspflichten der internationalen Gemeinschaft. Alle Staaten sind nach dem Gutachten verpflichtet, keine finanzielle Unterstützung zu leisten, die diese rechtswidrige Situation aufrechterhalten könnte. Der Gerichtshof unterstreicht, dass darüber hinaus die Vertragsparteien der Vierten Genfer Konvention durchsetzen müssen, dass Israel das humanitäre Völkerrecht einhält. (Website des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag siehe www.icj-cij.org)

Organisation der Kampagne und des Koordinationskreises

Im Anschluss an die internationale Konferenz „Stop the Wall“ in Köln wurde beschlossen, einen bundesweiten Koordinationskreis zu bilden. Dieser konstituierte sich am 11. Juli 2004 in Frankfurt. Die Kampagne gab sich den Namen „Stoppt die Mauer in Palästina / Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel“.

Schwerpunkt der Arbeit des Koordinationskreises ist die Mauer in Palästina. Gleichzeitig richten sich die Aktivitäten gegen die israelische Besatzung als das dahinter stehende Hauptproblem.

Die inhaltliche Basis für die Arbeit der Kampagne bildet die Kölner Erklärung und die Abschlusserklärung der Kölner Konferenz (siehe Anhang).

Für die laufende Arbeit wurde ein Spendenkonto eingerichtet:

IPPNW
Kto.-Nr. 600 42 355
Stichwort „Mauerkampagne“
Sparkasse Rastatt-Gernsbach
BLZ 665 500 70

Die Treffen des Koordinationskreises sind offen für Interessierte aus den Unterstützerorganisationen. Einladungen und Protokolle gehen an alle Unterstützerorganisationen.

In einigen Regionen haben sich regionale Kampagnenzusammenschlüsse gebildet. Sie sollen ebenfalls im Koordinationskreis vertreten sein.

Mitglieder und Unterstützer des Koordinationskreises und der Kampagne

Im Koordinationskreis wirken folgende bundesweit tätigen Organisationen mit:

- Deutsch-Palästinensische Gesellschaft
- IPPNW, Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung
- International Solidarity Movement, ISM Deutschland
- Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost
- Palästinensische Gemeinde Deutschland
- Pax Christi deutsche Sektion
- Vereinigung für internationale Solidarität
- Linksruck

Weitere Unterstützer der Kampagne (Stand: Juni 2005):

- Arbeitskreis Israel/Palästina Bonn
- Arbeitskreis Palästina/Israel Frankfurt
- Attac AG Globalisierung und Krieg
- Bund für Soziale Verteidigung
- Bundesausschuss Friedensratschlag
- Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V.
- Deutsches Mennonitisches Friedenskomitee
- Deutsch-Palästinensischer Frauenverein e.V.
- DFG-VK, Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner
- Flüchtlingskinder im Libanon e.V.
- Friedens- und Zukunftswerkstatt Frankfurt/Main e.V.
- Gesellschaft zur Humanitären Unterstützung der Palästinenser e.V. (G.H.U.P.)
- Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg
- Kooperation für den Frieden
- Najdeh e. V., Soziale Hilfsorganisation für die Palästinenser
- Palästinensische Gemeinde Köln e.V.
- Plädoyer für eine Ökumenische Zukunft
- Pro Ökumene
- Projekt Freundschaft Birzeit-Münster e.V.
- Palästina Komitee Stuttgart

Anhang 1

Kölner Erklärung:

Den Mauerbau in Palästina unverzüglich stoppen!

Die am 17. Januar 2004 in Köln versammelten Mitglieder aus der Friedensbewegung und der Bewegung für internationale Solidarität erklären:

Die israelische Regierung betreibt mit Hochdruck den Bau einer Mauer, die sie als „Trennungszaun“ bezeichnet – tatsächlich aber annektiert sie damit de facto fast 50 % der besetzten palästinensischen Westbank. Damit verstößt Israel ein weiteres Mal gegen das Völkerrecht und fügt Hunderttausenden von Palästinenserinnen und Palästinensern in den besetzten Gebieten, deren Menschenrechte es bereits durch die Okkupation schwer wiegend verletzt hat, weiteres Unrecht hinzu.

Diese Mauer ist kein Beitrag für ein friedliches Zusammenleben von Israelis und Palästinensern. Sie intensiviert die Gewalt, die durch die Besatzungsherrschaft gegen die palästinensische Bevölkerung ausgeübt wird. Daher wird sie auch der Bevölkerung Israels nicht die angekündigte Sicherheit bieten können, sondern nur erneut Gegengewalt provozieren. Nur ein Ende der Besatzung, ein rascher und endgültiger Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten und eine faire Lösung des Flüchtlingsproblems werden auch zu einem Ende der Gewalt führen und den verbrecherischen Angriffen auf unschuldige Zivilisten beider Seiten den Nährboden entziehen.

Gemeinsam mit unseren palästinensischen, israelischen und internationalen Partnern in der „Kampagne gegen die Apartheidmauer“ setzen wir uns für einen gerechten Frieden in der Region ein. Für einen solchen Frieden ist ein Ende der israelischen Besetzung und Besiedlung die unabdingbare Voraussetzung.

Wir wollen

- gewaltlose Kampagnen israelischer und palästinensischer Aktivistinnen und Aktivisten gegen die Errichtung des „Trennungszaun“ unterstützen,
- die deutsche Öffentlichkeit über das mit dem Mauerbau verbundene Unrecht und die dagegen gerichteten Aktivitäten informieren,
- auf deutsche und EU-Instanzen dahingehend einwirken, dass Waffenexporte in die Krisenregion Nahost völlig eingestellt und Handelsbeziehungen daraufhin überprüft werden, inwieweit sie menschen- und völkerrechtlich vertretbar sind.

Durch entschiedene Unterstützung der Kräfte in Israel und Palästina, die für ein gleichberechtigtes, friedliches Zusammenleben beider Völker eintreten und kämpfen, können wir als Europäerinnen und Europäer einen wichtigen Beitrag gegen Hass, Verzweiflung und Gewalt im Nahen Osten leisten und so nicht nur in dieser uns benachbarten Region, sondern auch weltweit den Frieden unterstützen.

Im Juni dieses Jahres werden wir zusammen mit unseren internationalen Partnern auf einer Konferenz den Stand der Entwicklung und die Perspektiven der Arbeit für den Frieden in Nahost erörtern.

Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Kölner Erklärung:

- | | | |
|--|---|--|
| • AK Palästina Tübingen | • Frauen in Schwarz Wien | • Najdeh e.V. |
| • Arbeitskreis Israel/Palästina e.V. Bonn | • FrauenNetzwerkNahost Stuttgart | • Palästinensische Gemeinde Berlin-Brandenburg |
| • Arbeitskreis Nahost Berlin | • Friedensinitiative Palästina, Kassel | • Palästinensische Gemeinde Deutschland e.V. |
| • Attac AG Globalisierung und Krieg | • Vorstand des Projekts Freundschaft Birzeit-Münster e.V. | • Pax Christi – Gruppe Norderstedt |
| • Bonner Arbeitskreis für internationale Solidarität | • Gush Shalom Deutschland | • Pax Christi Nahostkommission der deutschen Sektion |
| • Bonner Friedensbündnis | • Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg | • Nahost-AG des Service Civil International (SCI) – Deutscher Zweig e.V. |
| • Braunschweiger Bündnis für den Frieden | • Initiativ e.V. | • AG SPD-SeniorInnen Stuttgart (ASS) |
| • Bund für Soziale Verteidigung BSV | • IPPNW e.V. | • Spontaner Friedenskreis Jung & Alt – Bonn |
| • Bundesausschuss Friedensratschlag | • ISM Deutschland | • Vereinigung der Freunde Palästinas in Sachsen-Anhalt e.V. |
| • Deutsch-Palästinensische Gesellschaft | • Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost (EJJP Deutschland) | • Vereinigung für Internationale Solidarität (VIS) e.V. |
| • Deutsch-Palästinensischer Frauenverein e.V. | • Kampagne gegen die Apartheidmauer in Palästina | • Wir Frauen e.V. Düsseldorf |
| • Deutscher Freidenker-Verband | • Komitee für Grundrechte und Demokratie | • Zegg (Zentrum für Experimentelle Gesellschafts-Gestaltung) |
| • Flüchtlingskinder im Libanon e.V. | • Kooperation für den Frieden | |
| • Frauen für den Frieden in der EKvW (Evangelische Kirche von Westfalen) | • Redaktion der kommunistischen Internet-Zeitung www.Kommunisten-online.de | |
| • Frauen in Schwarz Hamburg | | |
| • Frauen in Schwarz Köln | | |

Anhang 2

Abschlussklärung

Stop the Wall in Palestine

Internationale Konferenz für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel

Samstag, 5. Juni 2004, Alte Feuerwache, Köln

Vor genau 37 Jahren begann der „6-Tage“-Krieg und damit die Besetzung des Westjordan-Landes und des Gaza-Streifens durch die israelische Armee. Heute, an diesem Jahrestag erklären die VeranstalterInnen der Konferenz „Stop the Wall – Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel“ angesichts der dramatischen Lage im israelisch-palästinensischen Konflikt:

Der derzeitige Bau eines „Trennungszauns“ auf palästinensischem Gebiet durch die israelische Regierung muss unverzüglich gestoppt werden! Diese Anlage wird mit guten Gründen von vielen Menschen in Palästina und Israel „Apartheidmauer“ genannt. Sie bringt bereits jetzt eine unerträgliche Verschärfung der Lebensbedingungen für die palästinensische Bevölkerung mit sich. Feindschaft und Gewalt zwischen Teilen der jüdisch-israelischen und der arabisch-palästinensischen Bevölkerung werden weiter zugespitzt. Wir fordern von der israelischen Regierung, die völkerrechtswidrig schon errichteten Mauer- und Zaunabschnitte unverzüglich wieder abzureißen, hierfür konfisziertes Land an seine palästinensischen Eigentümer zurückzugeben und für die angerichteten Zerstörungen angemessenen Schadensersatz zu leisten.

Wir wenden uns gegen die strukturelle und militärische Gewalt von Mauerbau und Okkupation und ebenso gegen verbrecherische Angriffe auf Zivilisten beider Seiten. Wir appellieren an die israelische wie an die palästinensische Seite, die bewaffnete Konfrontation zugunsten eines Prozesses der zivilen, gewaltlosen Konfliktbearbeitung zu überwinden. Damit dies gelingen kann, ist eine starke und aktive internationale Bewegung unverzichtbar, die die legitimen Rechte der palästinensischen Bevölkerung anerkennt und unterstützt:

- Die Palästinenserinnen und Palästinenser haben – ebenso wie Israel in den Grenzen bis 1967 – das Recht, auf dem gesamten Gebiet der Westbank und des Gaza-Streifens ihren souveränen Staat aufzubauen, und das Recht auf Rückkehr in ihre Heimat.
- Die europäischen Regierungen müssen konsequent für Menschen- und Völkerrecht in der Nahost-Region eintreten: Der skandalöse Waffenhandel in diese Krisen- und Kriegsregion muss unverzüglich und vollständig eingestellt werden. Waren aus den völkerrechtswidrigen Siedlungen in Gaza und Westbank müssen von allen Zollpräferenzen der EU ausgenommen werden. Die Produkte sind auch für die Konsumenten eindeutig zu kennzeichnen, so dass diese entscheiden können, ob sie Waren aus diesen Siedlungen kaufen wollen.
- Die EU muss außerdem ihre eigenen Regeln ernst nehmen und von der israelischen Regierung die Respektierung der Menschenrechte als Voraussetzung für die Fortsetzung des Assoziationsabkommens einfordern, entsprechend der Resolution des Europäischen Parlaments vom 10. April 2002.*

Als Initiativen der Friedens- und Solidaritätsbewegung in Deutschland und Europa wollen wir unsere Beziehungen zu den Menschen in beiden Gesellschaften festigen. Wir werden die bestehenden Kontakte und die solidarische Unterstützung ausbauen, sowohl zu den von Mauerbau und Okkupation Betroffenen in Palästina und ihren Organisationen, als auch zu allen israelischen Gruppen und BürgerInnen, die Sicherheit und eine menschliche Zukunft auch für die israelische Bevölkerung nicht durch immer mehr militärische Gewalt und Unterdrückung erreichen wollen, sondern durch gemeinsame Arbeit und sozialen Kampf für ein gleichberechtigtes Zusammenleben.

Wir treten ein für die universelle Gültigkeit von Menschen- und Völkerrechten. Deswegen wenden wir uns hier in Deutschland und Europa ebenso wie in Israel-Palästina gegen Antisemitismus, Judenhass, Islamophobie und Araber-Feindlichkeit. An Stelle des „Zusammenpralls der Zivilisationen“ wollen wir deren wechselseitige Akzeptanz und konstruktiven Dialog voranbringen.

Mit unserer heutigen Konferenz haben wir dazu einen Beitrag geleistet.

* Entschließung des Europäischen Parlaments zum Nahen Osten, vom 10.4.02 : „Das Europäische Parlament ... fordert die Kommission und den Rat in diesem Sinne auf, zu prüfen, wie sie sämtliche ihnen zur Verfügung stehenden Mittel, einschließlich der Aussetzung des Europa-Mittelmeer-Assoziationsabkommens zwischen der EU und Israel, am besten einsetzen können; ...“

Anhang 3:

Aufruf: Stoppt die Mauer in Palästina / Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel

Samstag, 25. September 2004 – Aktionstag gegen Krieg und Besetzung

Die israelische Regierung betreibt mit Hochdruck den Bau einer Mauer, die sie als „Trennungszaun“ bezeichnet. Tatsächlich aber annektiert sie damit etwa 50 % der besetzten palästinensischen Westbank. Hunderttausenden von Palästinenserinnen und Palästinensern in den besetzten Gebieten, deren Menschenrechte bereits durch die Okkupation schwerwiegend verletzt sind, wird weiteres Unrecht zugefügt.

Am 9. Juli 2004 bestätigte der Internationale Gerichtshof in Den Haag, dass diese Mauer gegen das Völkerrecht verstößt. Der Gerichtshof fordert von Israel den Abbau von Teilen der Anlage und Schadensersatz für die betroffenen Palästinenserinnen und Palästinenser. Außerdem bekräftigte das Gericht die Illegalität der israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten. Auch die UN-Vollversammlung forderte am 20. Juli 2004 mit überwältigender Mehrheit von Israel, die Mauer abzureißen und Entschädigungen zu zahlen.

Diese Mauer intensiviert die Gewalt, die durch die Besatzungsherrschaft gegen die palästinensische Bevölkerung ausgeübt wird. Daher wird sie auch der Bevölkerung Israels nicht die angekündigte Sicherheit bieten können, sondern nur erneut Gegengewalt provozieren.

Nur ein Ende der Besetzung, ein rascher und endgültiger Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten und eine faire Lösung des Flüchtlingsproblems werden zu einem Ende der Gewalt führen und den verbrecherischen Angriffen auf unschuldige Zivilisten beider Seiten den Nährboden entziehen. Gemeinsam mit unseren palästinensischen, israelischen und internationalen Partnern in der Kampagne „Stop the Wall“ setzen wir uns für einen gerechten Frieden in der Region ein.

Frieden in dieser Region schließt auch den Irak ein, denn die Neuordnungspläne der USA für den arabischen Raum beinhalten sowohl die Unterstützung der israelischen Besatzungspolitik als auch die Kontrolle über den Irak und seine Rohstoffe. Während die Atommacht Israel von den USA und auch von Deutschland mit Waffen beliefert wird, wurde mit der Lüge von irakischen Massenvernichtungswaffen der Krieg gegen den Irak gerechtfertigt. Die Besetzung des Irak muss unverzüglich beendet werden, und damit auch die Folter von Gefangenen, die Bombardierung von Wohnvierteln und andere Häuserzerstörungen durch das US-Militär.

Am 25. September 2004, zum vierten Jahrestag der palästinensischen Intifada, demonstrieren wir in mehreren Städten gegen Krieg und Besetzung. Wir demonstrieren für ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben von Palästinensern und Israelis. Die deutsche Regierung und die Europäische Union fordern wir auf, Waffenexporte in die Krisenregion Nahost völlig einzustellen. Die Handelsbeziehungen mit Israel sind daraufhin zu überprüfen, inwieweit sie menschen- und völkerrechtlich vertretbar sind.

Koordinationskreis Stoppt die Mauer in Palästina / Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel

Weitere Unterzeichnerinnen und Unterzeichner:

- Achse des Friedens Berlin
- ADHK-ADHF (Föderation für demokratische Rechte in Deutschland/Europa)
- AK Nahost Berlin
- AK Palästina Tübingen
- AntiFa AG Uni Hannover
- Antifaschistisches Aktionsbündnis Kaiserslautern
- Antiimperialistische Koordination Wien
- Arabisch-Deutsches Forum e.V.
- Arbeitskreis Israel/Palästina e.V.
- Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer SeniorInnen in Stuttgart (ASS)
- ATIK-ATIF (Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa/Deutschland)
- Attac Stuttgart AG Globalisierung und Krieg
- BiR-KAR (Plattform für die Einheit der Arbeiter und die Freundschaft der Völker)
- Bonner Friedensbündnis
- Bund für soziale Verteidigung (BSV)
- CCIPPP (Campagne civile internationale pour la protection du peuple palestinien) / international collectif
- Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V.
- Deutsch-Palästinensische Gesellschaft
- Deutsch-palästinensischer Arbeitskreis Bocholt
- Deutsch-Palästinensischer Frauenverein
- Deutscher Friedenker-Verband (Verbandsvorstand)
- Deutscher Friedensrat e.V.
- DFG-VK Bundesverband
- Europäische Vereinigung von Juristinnen und Juristen für Demokratie und Menschenrechte in der Welt e.V. (EJDM)
- Flüchtlingskinder im Libanon e.V.
- Frauen in Aktion/Global Mothers für Umwelt und Frieden (Wien)
- Frauen in Schwarz (Hamburg)
- Frauen in Schwarz (Wien)
- Friedensaktion Palästina (München)
- Friedensinitiative Palästina - Kassel
- Generalunion der Palästinensischen Studenten Österreich
- Gesellschaft zur Humanitären Unterstützung der Palästinenser e.V. (G.H.U.P.)
- Heidelberger Friedensratschlag
- Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg
- ILPS-YDG (Neue Demokratische Jugend)
- Initiativ e.V.
- Internationale Liga für Menschenrechte
- IPPNW/Ärzte in sozialer Verantwortung (deutsche Sektion)
- ISM Deutschland
- Kampagne gegen die Apartheidmauer in Palästina
- Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost / European Jews for a Just Peace EJJP (Deutschland)
- Kölner Frauen in Schwarz
- Kontaktnetz Palästina
- KPD/ML-Roter Stern
- Le collectif judéo arabe et citoyen pour la paix / based in Elsass
- Le Monde Diplomatique / délégation Alsace
- Linksruck Stuttgart
- Magic Street Voices
- Najdeh e.V. / Soziale Hilfsorganisation für die Palästinenser
- Ohne Rüstung leben
- One World Media (OWM)
- PalästinaKomitee Stuttgart
- Palästinasolidaritätskomitee Nürnberg
- Palästinensische Ärzte- & Apothekervereinigung Österreich
- Palästinensische Gemeinde Deutschland e.V.
- Palästinensische Gemeinde Deutschland-Bonn e.V.
- Palästinensische Gemeinde Deutschland-Stuttgart e.V.
- Palästinensische Gemeinde Deutschland-Köln e.V.
- Palästinensische Gemeinde Österreich
- Palästinensische Gemeinde Stuttgart e.V.
- Pax Christi Deutschland Nahost-Kommission
- Plädoyer für eine Ökumenische Zukunft
- Pro Ökumene - Initiative in Württemberg
- Sedunia - Initiative für Internationale Politik
- Solidarität International
- Spontaner Friedenskreis Bonn Jung und Alt
- www.Profi-Reporte.de
- Sozialist Barikat
- TÜDAY e.V. (Menschenrechtsverein Türkei/Deutschland)
- Vereinigung der Freunde Palästinas e.V.
- Vereinigung für Internationale Solidarität (VIS) e.V.
- wir frauen e.V.